

Thursday, January 12. 2006

Vorsorgeuntersuchungen sollen Kinder schützen

Kindesmißhandlungen und -vernachlässigungen sind - das macht nicht erst der Fall 'Jessica' aus Hamburg klar - schon lange Alltag in Deutschland. Die Gründe dafür seien dahin gestellt. Aufmerksamkeit erhält dieses Phänomen aber - leider - erst seit Kinder wie Jessica in den Medien groß thematisiert werden.

Wie kann man Kinder, die Schwächsten in der Gesellschaft, besser schützen?

Wenn ich mir die aus Hamburg und anderen Städten bekanntgewordenen Fälle so ansehe, verstehe ich langsam, warum die US-amerikanische Justiz Kinder lieber in einem Heim oder bei Pflegeeltern unterbringt als sie bei unfähigen Familien zu belassen, auch wenn das immer noch keine Lösung des Problems darstellt.

Der Bundesverband der Kinder- und Jugendärzte verlangt nach einem Focus-Bericht, dass eine zusätzliche Regeluntersuchung für Kinder im 3. Lebensjahr eingeführt wird, und tatsächlich sieht das Pflichtenheft der Krankenkassen nur Untersuchungen im 2. und 4. Lebensjahr vor. Nach Meinung von Experten ist gerade in der Kleinkindphase eine Untersuchung auch auf körperliche Mißhandlungen eklatant wichtig.

Drei Punkte gibt es allerdings, die eine solche Maßnahme wie einen Hohn erscheinen lassen. Die gesetzlichen Krankenkassen wollen keine weitere Untersuchung in den Leistungskatalog aufnehmen, da sie mit Mehrkosten von bis zu 23 Millionen Euro pro Jahr rechnen. -- 23 Millionen? Das sind quasi Peanuts! Richtig ist allerdings, dass es sich hier um eine gesellschaftliche Problematik handelt, die nicht von den Krankenversicherern zu vertreten ist - aber 23 Millionen sollten sich selbst im zusammengestrichenen Bundeshaushalt für den Schutz von Kindern noch lockermachen lassen? Peinlich, kann ich nur sagen.

Nicht nur dass die Geburtenzahlen, wie ja immer gern moniert wird, sinken, was die Kostenfrage stark relativiert, sehr viel wesentlicher ist, dass die Untersuchungen bislang freiwillig sind. Nur mit Pflichtuntersuchungen könnte man regelmäßig feststellen, wie es den Kindern geht. Was uns direkt zum nächsten Punkt bringt:

Die Problemfamilien gehen ohnehin selten bis gar nicht mit ihren Kindern zu diesen Untersuchungen. Und würde man sie bürokratisch zwingen (etwa mit Entzug des Kindergeldes, was wohl die einzige Möglichkeit wäre, sie zu zwingen, und was erneut auf dem Rücken der Kinder ausgetragen würde, denn ihre Ernährung und Pflege wird im entsprechenden Umfeld als Erstes dran glauben müssen), so brächte es der Vorgang mit sich, dass die Familien genau wissen, wann sie ihre Kinder vorzeigbar halten müssen => beim gesetzlichen Arzttermin. Der Verwaltungsaufwand wäre ungleich höher, und der Erfolg ist fraglich.

Im übrigen dürfte das Kindergeld momentan der einzige Grund dafür sein, dass manche Menschen ihre Kinder überhaupt noch staatlich anmelden. In Zeiten des bröckelnden Sozialstaates ist damit zu rechnen, dass immer mehr Kinder in den amtlichen Statistiken gar nicht auftauchen werden, keine Krankenversicherung haben werden weil auch ihre Eltern ohne dastehen, und demgemäß für den Staat nicht sichtbar sind.

(Wie ein Staatsbürger, der offiziell nicht existiert, dann in der Deutschen Bürokratischen Republik leben wird, werden wir in den nächsten Jahren wohl noch sehen. Aber das ist eine andere Geschichte und soll ein andermal erzählt werden...)

Posted by Ishtar in Gesundheitspolitik at 09:59

Etwas, was mich bewegt, ist das Lehrer scheinbar dies nie sehen, oder zur Anzeige bringen. Sie sind diejenigen, die die Kinder fast täglich sehen. Sie könnten sich als erstes mit den Eltern auseinandersetzen und wenn dies misslingt und die Situation sich auch nicht verändert, das zuständige Sozial-/Jugendamt informieren.

Aber warum übersehen Lehrer so etwas? Wahrscheinlich weil sie überfordert sind. Es werden aus Finanzgründen nur das Mindestmaß an Lehrern eingestellt, welche dann mit Hausaufgaben, Ausarbeitungen, Leistungskontrollen, Klausuren und Unterrichtsvorbereitungen überfordert sind. Dazu kommt der Erwartungsdruck der Eltern, die bestimmte Erziehungsmethoden verlangen und den Stress, den die Kinder durch ihr Fehlverhalten im und neben des Unterrichtes verursachen.

Dazu fehlt wahrscheinlich auch eine kompetente Weiterbildung um solche Sachverhalte zu erkennen und mit ihnen richtig umzugehen.

Was vielleicht auch nicht schlecht wäre, wenn es standardmäßig einen Psychologen an Schulen gibt. Wenn Lehrer mit einem solchen Fall überlastet sind, können sie diesen an die Psychologen weiter geben. Aber auch die Kinder können sich bei den Psychologen ausreden und die Situation Zuhause beschreiben.

Dazu ist der Staat aber wieder nicht bereit Geld auszugeben. Mir scheint, der Staat spart sich sein eigenes Grab.

Auch wenn die DDR in Finanzhinsicht nicht als Maßstab genommen werden kann, will ich doch gern ein Beispiel nennen, wie es auch anders geht.

Ich wurde im Kindergarten und in der Schule (ich glaub fast jedes Jahr) von einem Amtsarzt untersucht und man erhielt alle nötigen Impfungen. Solche Untersuchungen können durchaus auch bei uns eingeführt werden. So umgeht man, dass Eltern sie gar nicht erst zum Hausarzt schicken.

Und was ist mir der Umgebung, wie Nachbarschaft und Freunde der Familie? Warum reagieren sie nicht? Warum reagieren Sozial- und Jugendamt so seicht im Umgang mit solchen Familien, wenn doch schon Hinweise vorhanden sind. Es gab doch schon mal einen Fall, in dem ein Junge nicht eingeschult wurde (weil er eigentlich schon tot war) und das Amt sich ohne konkrete Beweise von den Eltern abwimmeln ließ.

Der Staat scheint zu vergessen, dass es sich bei den Kindern um die Steuerzahler von morgen handelt. Sie wollen doch gern mehr einnahmen haben. Warum sorgen sie dann nicht dafür, dass diese Kinder im besonderen Maße geschützt sind?

Fragen über Fragen; Probleme über Probleme, die wahrscheinlich erst dann beantwortet und gelöst werden, wenn es 5 nach 12 ist.
Anonymous on Jan 13 2006, 19:55